

Zur Landratsvorlage bezüglich Einführung von mind. 5 Wochen Ferien für alle Kantonsangestellten

LVB-Newsletter vom 14. November 2010

Laut LCH-Arbeitszeiterhebung von 2009 haben die Lehrpersonen ein stetig steigendes Arbeitspensum zu bewältigen und leisten massiv Überstunden. Zusammen mit den anderen Verbänden der ABP (Arbeitsgemeinschaft der Baselbieter Personalverbände) forderte der LVB deshalb seit längerer Zeit zusätzliche Ferien. Der Nachholbedarf für das Staatspersonal wird auch durch den in der Vorlage der Regierung enthaltenen Vergleich mit anderen Arbeitgebern aus der Region klar aufgezeigt.

Der LVB favorisierte dabei eine Lösung, wie sie im Kanton BS schon seit einigen Jahren umgesetzt wird. Damit wäre in einem weiteren Bereich der Schulorganisation die angestrebte Konvergenz zwischen den beiden Basel verwirklicht worden.

Die Basler Lösung sieht vor, zusätzliche Ferientage nicht direkt in jedem Schuljahr zu beziehen und so den laufenden Betrieb zu belasten, sondern in Lektionen umzurechnen und einem

persönlichen Lektionskonto gutzuschreiben. Dieses Guthaben wird dann als längerer Urlaub am Stück oder über das Jahr verteilt in Form einer reduzierten Unterrichtsverpflichtung bezogen.

Eine solche nicht kostenneutrale Lösung wurde von der Baselbieter Regierung schon gar nicht erst in Betracht gezogen. Aus Sicht des LVB sieht BL deshalb eine absolute Minimalvariante vor, auch weil ältere Angestellte nur teilweise von zusätzlichen Ferientagen profitieren könnten.

Mit der Reduktion der Netto-Jahresarbeitszeit für alle Arbeitnehmenden erfolgt zwar ein Schritt in die richtige Richtung, doch werden andererseits die vordefinierten Aufgaben nicht reduziert.

Damit die Arbeitszeit der Lehrpersonen wie in der Landratsvorlage vorgesehen reduziert wird, stehen nun die Schulleitungen in der Pflicht. Sie dürfen den Lehrpersonen nur noch

Aufgaben zuweisen, die explizit zum Kernauftrag der Schulen gehören. Weniger Spielraum bleibt allenfalls für aus dem Schulprogramm abgeleitete Aufträge.

Zusammen mit den anderen Verbänden der ABP bekämpft der LVB unter Einbezug der aktuellen politischen Situation diesen Spatz in der Hand nicht. Er wird aber die Taube auf dem Dach, d.h. eine Lösung analog zu Basel und eine zusätzliche Ferienwoche für alle Angestellten, weiterhin anstreben.

Der LVB erwartet, dass die BKSD den Sozialpartnern unmittelbar nach einem positiven Entscheid des Landrats einen annehmbaren Umsetzungsvorschlag, der auch die Zusatzbelastungen der anstehenden Reformen berücksichtigt, unterbreiten und dann an den Schulen auch durchsetzen wird.